

# Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1952

— Beschluß des Präsidiums des Bundesgerichtshofes vom 15. Dezember 1951 —

## a) Geschäftsverteilung in Strafsachen

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen:

1. Die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Freiburg i. Br., Karlsruhe, München, Nürnberg, Stuttgart und Tübingen;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO) und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt worden sind.

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen:

1. Die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Hamburg, Köln, Koblenz, Neustadt a. d. H. und Oldenburg;
2. die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG in der Fassung des Artikels 3 Nr. 5 des Strafrechtsänderungsgesetzes vom 30. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 739) bezeichnet sind;
3. die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG in der Fassung des Artikels 3 Nr. 2 des Strafrechtsänderungsgesetzes bezeichnet sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen:

Die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Düsseldorf und Frankfurt a. M.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen:

Die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen:

Die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle und Schleswig.

## b) Geschäftsverteilung in Zivilsachen

Es verbleibt bei der im bisherigen Geschäftsverteilungsplan \*) vorgesehenen Regelung.

- c) Soweit Änderungen des Geschäftsverteilungsplans vorgenommen worden sind (siehe a), gelten diese für alle Sachen, die nach dem 31. Dezember 1951 beim Bundesgerichtshof anhängig werden sowie für solche zu diesem Zeitpunkt bei den Senaten bereits anhängige Sachen, für die nicht in den Monaten Januar und Februar 1952 Termine anberaumt worden sind. Die vor Ablauf des 31. Dezember 1951 bei den Senaten anhängig gewordenen Strafsachen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus denjenigen Bezirken des Bundesgebiets, die nunmehr zum Bereich des 5. (Berliner) Strafsenats gehören (d. h. aus den Oberlandesgerichtsbezirken Braunschweig, Celle und Schleswig), verbleiben jedoch auch dann, wenn für sie in den Monaten Januar und Februar 1952 Termine noch nicht anberaumt worden sind, bei den bisherigen Senaten.

\*) Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 30 vom 13. 2. 1951, Nr. 61 vom 30. 3. 1951, Nr. 210 vom 30. 10. 1951.